

Solidarität mit Israel!

Regierungserklärung vor dem Niedersächsischen Landtag am

11. Oktober 2023

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anrede,

seit dem letzten Samstag sehen, hören und lesen wir aus Israel Nachrichten, die kaum auszuhalten sind. Wir erleben Terrorangriffe, wie es sie bislang wohl noch kaum je gegeben hat. Wir wissen noch nicht, wann dieser Alptraum aufhört oder ob wir gar den Beginn eines neuen großen Nahost-Krieges erleben.

Mit mehr als 3000 Raketen hat die Hamas Israel angegriffen, mit mehr als tausend Terroristen hat am Samstagmorgen die Hamas israelische Grenzanlagen überwunden. Immer noch sind offenbar Gruppen davon in Israel unterwegs und verbreiten Angst und Schrecken. Sie ermorden und verletzen willkürlich ihre Opfer, wo immer sie können – bislang ist von 1200 Toten und 3000 Verletzten in Israel die Rede. Die Hamas verschleppt Menschen in das Gaza-Gebiet. Die Familien der Entführten wissen nicht, wo sie sind, ob sie noch leben und wie es ihnen geht.

Wir hören von zahllosen Raketenangriffen und weiteren unfassbaren Grausamkeiten:

Auf einem Gelände in der Nähe des Gazastreifens feiern etwa zweitausend junge Leute auf dem Outdoor-Festival Supernova eine Rave-Party, als Terroristen wahllos in die Menge feuern. Mindestens 260 Menschen werden ermordet, zahlreiche weitere Besucherinnen und Besucher verletzt, weitere als Geiseln verschleppt. Es fällt schwer, sich dieses Massaker vorzustellen.

Das Kibbuz Beeri wird überfallen, die Terroristen ziehen von Haus zu Haus, ermorden die einen, verschleppen andere. Auch Vergewaltigungen, so heißt es, habe es gegeben. Kinder telefonieren in ihrer Angst noch einmal mit ihren Eltern, bevor der Kontakt abbricht und die Eltern in namenloser Verzweiflung zurücklässt.

Wir sind alle tief erschüttert, wir fühlen und wir leiden mit den Opfern dieses kalt kalkulierten Terrors. Eines dieser Opfer, eine 22-jährige junge Frau, stammt aus dem Landkreis Verden.

Diesen Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern Israels, dem Staat Israel erklären wir unsere uneingeschränkte Solidarität!

Israel ist entstanden vor dem Hintergrund der millionenfachen Vernichtung von Jüdinnen und Juden durch Deutsche. Wir sind uns der Shoah, der Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden durch Deutsche, und der daraus folgenden Verantwortung bis heute bewusst. Gerade deswegen ist die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson, meine Damen und Herren!

Nichts, aber auch gar nichts kann die furchtbaren Verbrechen rechtfertigen, die Israel bis heute erschüttern und womöglich noch weiter geschehen. Ich stimme Michael Fürst, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen ausdrücklich zu, wenn er sagt: „Es geht um schlichten Terrorismus, nicht um Freiheit für Palästinenser!“

Ganz im Gegenteil, die Hamas kalkuliert bewusst ein, dass auch Menschen ihres Volkes zu den Opfern ihres Terrorismus zählen.

Israel hat das Recht, sich zu verteidigen und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Es hat zum ersten Mal seit dem Jom-Kippur-Krieg vor fünfzig Jahren den Kriegszustand erklärt und harte Gegenschläge im Gaza-Streifen begonnen, die Berichten zufolge etwa 900 Tote zur Folge hatten. Ein Ende ist bis jetzt nicht absehbar und es wird weitere Opfer geben.

Wie zynisch müssen die Anführer der Hamas sein, dieses Leid und dieses Elend eiskalt mit einzuplanen. Die Opfer im Gazastreifen sind Opfer der Hamas!

Es kann nur einen Weg geben, die Gewalt zu beenden: Den Terrorismus stoppen, die Geiseln freilassen und die Angriffe auf Israel beenden – nicht nur vorübergehend, sondern endgültig. Das muss die Forderung der Weltgemeinschaft an die Hamas und an alle diejenigen sein, die die Terrororganisation unterstützen.

Anrede,

auch bei uns in Deutschland, auch bei uns in Niedersachsen zeigen viele Menschen mit uns zusammen ihre große Betroffenheit von den aktuellen Ereignissen in Israel.

Sie tun das beispielsweise durch die Teilnahme an Kundgebungen, wie etwa am Samstag in Osnabrück und am Montag in Hannover. Die Staatskanzlei hat als Zeichen der Solidarität eine Beflaggung der Landesgebäude – nach Möglichkeit mit der israelischen Flagge – von Montag bis zum heutigen Mittwoch angeordnet. Für die anderen öffentliche Gebäude in unserem Land ist dies empfohlen worden.

Allen Sympathiebekundungen für die anhaltenden Terrorakte der Hamas werden unsere Sicherheitsbehörden konsequent mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln begegnen. Das Versammlungsgesetz schützt friedliche Veranstaltungen, es schützt nicht die Verbreitung von Hass und Hetze!

Ich wünsche mir vielmehr, dass ein anderes Beispiel Schule macht: Am Montag haben der Landesverband der jüdischen Gemeinde in Niedersachsen und die Palästinensische Gemeinde Hannover in einer gemeinsamen Erklärung mit eindringlichen Worten dazu aufgerufen, bei allem Schmerz respektvoll und friedvoll miteinander umzugehen. Freudentänze und Freudenfeuer verbieten sich, heißt es in der Erklärung. Ich danke den Verantwortlich sehr herzlich für diesen Beitrag zum Frieden und zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir können alle stolz sein auf dieses Beispiel aus Niedersachsen!

Für israelische Einrichtungen und solche der jüdischen Gemeinden bei uns in Niedersachsen gehen die Behörden derzeit von einer temporären Erhöhung der abstrakten Gefährdungslage aus. Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung bestehen aktuell nicht.

Dennoch werden alle Schutzmaßnahmen vor Ort derzeit einer täglichen Überprüfung unterzogen, gegebenenfalls wird der Schutz lageangemessen erhöht. Grundlage der Arbeit ist dabei stets auch ein vertrauensvoller Austausch mit den Verantwortlichen dieser Einrichtungen.

Anrede,

- ich will aber an dieser Stelle auch noch auf etwas anderes mit allem Ernst hinweisen. Der Terror der Hamas in Israel ist nicht der einzige Grund, der Jüdinnen und Juden, der alle Demokratinnen und Demokraten gegenwärtig Sorgen bereiten muss.

In ihrer sogenannten „Mitte-Studie“ führt die Friedrich-Ebert-Stiftung seit vielen Jahren auch Untersuchungen zur Verbreitung des Antisemitismus in Deutschland durch. Die Ergebnisse ihrer jüngsten Studie zeigen, dass der Antisemitismus zunimmt. Jede zehnte Person stimmt „überwiegend“ oder „voll und ganz“ der Aussage zu, der Einfluss der Juden sei zu groß. Jeweils rund acht Prozent meinen, dass Jüdinnen und Juden „nicht so recht zu uns passen“ oder dass sie „falsch“ seien.

Das ist die Grundlage des täglichen Antisemitismus, von dem immer wieder neue Beispiele bekannt werden. Das ist die Grundlage, auf dem später Hass und Gewalt wachsen können.

Nehmen wir diese Ergebnisse ernst, finden wir uns nicht mit ihnen ab! Die Landesregierung wird jedenfalls die Maßnahmen fortführen, mit denen wir direkt oder indirekt Antisemitismus bekämpfen und unsere Demokratie stärken.

Die Jüdinnen und Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Ich bin immer wieder unendlich dankbar, dass wir inzwischen wieder so große, lebendigere jüdische Gemeinschaften in Niedersachsen haben!

Anrede,

es sind grausame und furchtbare Tage, die die Menschen in Israel, aber auch die Menschen jüdischen Glaubens bei uns in Niedersachsen erleben. Wir fühlen mit ihnen, wir leiden mit ihnen. Wir stehen an der Seite Israels, wir sind solidarisch mit den Jüdinnen und Juden in Niedersachsen. Und wir bekämpfen gemeinsam jeden Antisemitismus.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.